

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Freitag, den 2. September 1921

Ansetzung: Die halbjährliche Mithrasfeier über deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnnachfrage, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Mithrasfeier, halbjährlich oder deren Raum im Text 1.- Mk.

An die Werttätigen in Stadt und Land!

Männer und Frauen des schaffenden Volks!

Harter Not zehrt an eurem Leben und noch schwärzeres Elend droht euch. Eine ungeheure Teuerungswelle geht durch das Land. Die Lebensmittelpreise sind auf eine Höhe gelaufen, wie nie zuvor.

Die amtliche Statistik zeigt in nüchternen Zahlen an, daß die Preise für den unentbehrlichen Lebensbedarf selbst den bisher höchsten Stand im Januar 1921 überschritten haben. Diese Zahlen geben aber nicht einmal die volle Höhe der Teuerung wieder.

Hunger und Kummer haften als ständige Gäste in den Familien der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, Handwerker, kurz aller derer, die nicht zu den alten oder neuen gehören.

Der Laib Brot kostet 7 Mark und mehr. Die schmale Zulage dazu: Gemüse, Kartoffeln wird immer unerschwinglicher. Fleisch ist ein Luxus geworden in den Haushaltungen der Arbeitenden.

Jede Neuanschaffung von Kleidern, Schuhen, Hausgerät usw. zwingt die Massen der kleinen Leute, den Hungerriemen noch enger zu schnallen.

Das Wohnungselend wächst immer noch und die Mieten steigen wie alle übrigen Preise.

Auf der ganzen Linie kämpfen Fabrikanten und Handelsherren für die Herabdrückung der Löhne und Gehälter. Großkapitalisten und Großgrundbesitzer plündern als Warenwucherer die werttätige Bevölkerung bei jedem Einkauf aus. Auf dem Lande wie in der Stadt. Die kleinen Leute im Dorfe können kaum zahlen, was sie für Haushalt und Wirtschaft von der Industrie kaufen müssen, Döngemittel und Vieh, Pacht und Bodenpreise sind unerschwinglich.

Während des Krieges war der Staat gezwungen, gegen den Waren- und Lebensmittelwucher Schranken zu errichten. Vor dem vereinigten Ansturm der Kapitalisten und Großgrundbesitzer sind sie fast bis auf den letzten Rest gefallen.

Die Zwangswirtschaft ist abgebaut. Der Brotwucher hat freie Bahn.

Nur der Junker und Großbauer sackt den Vorteil ein. Der Kleinbauer verkauft wenig oder nichts, ja, muß oft zukaufen.

Reben den Kapitalisten, der die Löhne und Gehälter abbaut und den Kapitalisten, der alle Preise verteuert, tritt der Kapitalistenstaat, die Ebert-Republik, mit

ungeheuren Steuerforderungen.

Sie werden dem arbeitenden Volk buchstäblich den trodnen Bissen vom Munde reißen. Die Notenpresse ist der blühendste Geschäftszweig des Reiches. Der Staat, der sie in Bewegung setzt, macht die wertlosen Fellen Papier immer wertloser, die zur Entlohnung der Arbeit dienen.

Die Kaufkraft aller Löhne und Gehälter, aller Renten und Zinsen sinkt und sinkt.

Hunderttausende von Männern und Frauen fast aller Berufe und Acherntausende von Kurzarbeitern schreien vergeblich nach Arbeit. Und das in einer Zeit, wo die Entbehrungen der Massen nach gewaltiger Steigerung der Produktion verlangen.

Die reizend anschwellende Not der werttätigen Massen stört die Reichen nicht in ungezügeltstem Lebensgenuss.

Als ob sie ahnten, daß ihre Stunde bald schlagen wird, leeren sie den Becher roher Genüsse bis zur Keige. In Dienen und Bars, am Spieltisch, auf dem Rennplatz, in luxuriösen Villen, in Tanzsälen verprassen sie, was sie der Mühsal, dem Hunger der arbeitenden Männer und Frauen, der bleichwangigen Kinder ausgepreßt haben.

Den stolzen Bau der bürgerlichen Kultur läßt die untergehende Bourgeoisie fühlen Herzens verfallen.

Ihre Gelehrten, ihre Künstler hungern.

Die wissenschaftliche Forschung verfällt, weil der kapitalistische Staat kein Geld dafür übrig hat.

Die Beamten der Gemeinden, des Staates und Reiches können ihre und ihrer Angehörigen Notdurft nicht bestreiten.

Brutal ertröffen und brutal genießen, ist Lebensinhalt der wenigen tausend Ausbeuter, die von der Not des Volkes und dem Zerfall der Wirtschaft sich nähren.

Werttätige Männer und Frauen in Stadt und Land!

Nicht bloß ihr geht in dem Elend zu Grunde. Auch euren Kindern droht gleiches Schicksal. Ihr könnt sie nicht einmal mehr satt machen und kleiden, geschweige denn erziehen. Sie verderben zu Hunderttausenden in Not, sie sterben zu Hunderttausenden in Not. Mit ihnen verdirbt und stirbt die Zukunft.

Die Ursachen unseres Elends liegen klar zu Tage. Der ruchlose imperialistische Krieg hat ungeheure Werte zerstört, das Land verarmt, zugleich aber eine riesige Schuldenlast aufgehäuft.

Die bürgerliche Republik hat die Schulden ins Fabelhafte vermehrt. Die Kriegsverdiener und die Kriegswucherer und alle, die aus Blut und Tränen der mit Hand und Hirn Arbeitenden während des Krieges und während der Revolution märchenhaften Reichtum gewonnen haben, zwingen heute die arbeitenden Massen in einer Schuldenmenschenschaft ohne Ende.

13 Milliarden Mark müssen jährlich aufgebracht werden zur Verzinsung der Kriegs- und anderer Staatsschulden. Diese ungeheure Last drückt die Wirtschaft unerbittlich nieder und hält die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Bauern in Schuldfesseln.

Zu dem Fronen und Zinsen für die deutschen Kapitalisten ist hinzugekommen der zermalmende Kriegskredit, den die Sieger im Weltkrieg vom deutschen Volke fordern. Die deutsche Bourgeoisie hat sich durch ihre Regierung zur Zahlung verpflichtet. Sie denkt nicht daran, selbst zu zahlen.

Sie will die großen Massen zahlen lassen und hofft, in pfiffiger Spekulation an der Wiedergutmachung ebenso reichlich zu verdienen, wie sie an den Kriegslieferungen verdient hat.

Diese Rechnung hat jedoch ein Loch. Auf dem Weltmarkt ist dem scheinbaren wirtschaftlichen Aufschwung der ersten Nachkriegszeit eine langandauernde, schwere Krise gefolgt.

In England, in Frankreich, in Amerika sind Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeitslos.

Frankreich und Belgien haben es abgelehnt, große Warenlieferungen aus Deutschland zuzulassen. Die anderen großen Industriestaaten haben hohe Zollmauern errichtet, um sich vor der Schmutzkonkurrenz der deutschen Industrie zu schützen.

Vom Handel und Wandel mit Sowjetrußland hält die Furcht ab: Die Furcht, den Ententekapitalisten und ihren Regierungen zu mißfallen, die Furcht vor dem „Völkerverismus“, d. h. vor dem Beispiel, daß Arbeiter und Bauern die Macht im Staate haben. Wenn die deutsche Bourgeoisie sich oben halten will, so gibt es für sie nur einen Weg dazu. Die

Herabdrückung des arbeitenden Volkes in die Lage von Null: Lohnabbau, Gehaltskürzungen, Aussperrungen, Stilllegung von Betrieben, ungeheurer Steuerertrag, schrankenloser Preiswucher.

Die Heimfuchung der Schaffenden wird verschärft durch die Sabotage der Großgrundbesitzer und reichen Bauern. Diese lassen lieber die Felder brach liegen oder verwandeln Ackerland in Weideland, als daß sie billiger Brot verkaufen. Die Dürre, die in großen Teilen Europas die Getreide- und Kartoffelernte hat mißraten lassen, nützen sie rückwärtslos aus zum Lebensmittelwucher. Der kleine Bauer leidet darunter mit seinen Brüdern der Arbeit in der Stadt. Er muß jedes Fleckchen Boden aus und die Dürre zwingt ihn, zu Wucherpreisen zu kaufen, was er selbst nicht erbaute hat.

Arbeiter, Beamte, Angestellte, kleine Leute in Stadt und Land!

Die Not zwingt jeden arbeitenden Mann und jede arbeitende Frau, sich zu wehren.

Eine große Streikwelle geht durch das Land.

Industrie- und Landarbeiter, Angestellte, Beamte und Eisenbahner wollen die Hungerschnelle lockern, die sich um ihren Hals legt.

Eine tiefe Erbitterung gärt im Volke gegen die räuberischen Steuerpläne der Regierung Wirth-Bauer.

Unter diesem Druck haben selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer anerkennen müssen, daß umfassende Lohn- und Gehaltserhöhungen nötig sind. Und diese Herren haben doch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und sind mit der kapitalistischen Regierung Wirth verbündet. Die sozialdemokratischen Parteiführer wenden sich gegen die Steuerpläne der Regierung, in der sie selbst sitzen.

Die Unabhängigen nützen das Gleich tun, obgleich sie der Regierung eine wohlwollende Unterstützung angedeihen lassen und sich zur Ausführung der Ententeforderungen verpflichtet haben. Das ist nur ein neues Manöver, um die Waffen zu täuschen.

Werttätige Männer und Frauen!

Der Kampf gegen Hunger und Elend muß aufgenommen werden. Ihr könnt nur vorwärts kommen, wenn ihr geschlossen, wenn ihr einheitlich kämpft. Jede Rücksicht auf die Interessen der schmarotzenden Kapitalisten muß fallen vor eurer gebieterischen Not.

Anstelle der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie muß eine Kampfgemeinschaft aller Werttätigen gegen die Bourgeoisie treten.

Euer Lebensinteresse und das der besitzenden Klasse steht in unversöhnlichem Widerspruch. Es gibt nur ein Gutes und Drüben.

Entweder mit den Reichen und ihrer Regierung, die Armen weiter ausfugen und bedrücken, oder zur Binderung der Massennot entschlossen und rücksichtslos den Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Herrschaft aufnehmen.

Dieser Kampf kann nicht in den parlamentarischen Schwalbennestern durch Vertreter ausgefochten werden. Ihr selbst müßt ihn führen in den Betrieben, in den Büros, in den Gewerkschaften, den Dörfern, auf Gütern, wo immer Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, kleine Bauern zusammen sind.

Ohne Rücksicht auf Parteifranken findet euch in allen Betrieben, an allen Orten zusammen, um zu beraten, um gemeinsam und einheitlich eure Forderungen festzulegen, um gemeinsam und einheitlich dafür tatkräftig den Kampf aufzunehmen.

Um was geht es für euch?

Um einen Lohn und Gehalt, um einen Verdienst und Erwerb, der zum Leben ausreicht.

Um die Abwehr der Steuerlasten.

Um die Aufrihtung von Schranken gegen den Lebensmittel- und Warenwucher.

Es gilt die Sabotage der industriellen und landwirtschaftlichen großen Unternehmer zu verhindern. Es gilt, die vorhandenen Arbeitsmittel und Menschenkräfte zur höchsten Arbeitsleistung planmäßig einzusetzen. Es gilt, der Verschwendung, der Steuerhinterziehung der Bourgeoisie einen Damm zu setzen. Deshalb muß

die gesamte Wirtschaft unter die strenge, gewissenhafte Kontrolle der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern gestellt werden.

Schaffende Männer und Frauen in Stadt und Land!

Sammelt euch um die Forderungen, die sich jedem Werttätigen aufdrängen, die heute schon die Forderungen von Millionen sind:

1. Eine allgemeine prozentuale gleichmäßige Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterhaltungen. Die Erhöhung muß außer den jetzigen Preissteigerungen auch die Verelendung gegenüber der Vorkriegszeit und der werttätigen Bevölkerung in anderen kapitalistischen Ländern ausgleichen. Wir halten eine allgemeine Erhöhung um 100 Prozent für das zunächst mindest Notwendige.
2. Eine Erhebung des Lohnausfalls der Kurzarbeiter zu zwei Dritteln von den Unternehmern (Punkt 7 der zehn Forderungen des ADGB.).
3. Weitere besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeitslosen (Punkte 1, 6, 8, 9 der Forderungen des ADGB.).
4. Eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Einkommen um so schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer. Dabei müssen alle Einkommen unter 24 000 Mark und alle Vermögen unter 100 000 Mark von jeder Besteuerung freibleiben. Die steuerfreie Einkommens- und Vermögensgrenze ist für jedes Steuerjahr neu festzusetzen.
5. Die Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von 100 000 Mark übersteigen.
6. Die Beschlagnahme der Vermögen aller früheren Fürstentümer und der am Völkermord beteiligten Herrscher und Staatsmänner.
7. Die Einstellung der Zinszahlung der Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner.
8. Die Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für die Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.
9. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland.
10. Freilassung aller politischen Gefangenen. Niederlegung aller Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter.
11. Wirkliche Auflösung und Entwaffnung aller illegalen Kampforganisationen der Bourgeoisie (Orghel, Stahlhelm usw.). Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Landarbeiter, der Kleinbauern.
12. Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands und zur Aufbarmachung der Kohstoffreiche Rußlands für den Aufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Arbeiter, Ungeheilte, Beamte, Kleinbauern!

Gegen eure Forderungen werden sich während alle wenden, die auf eure Kosten ein Schwarzenstein führen. Laßt euch dadurch nicht beirren! Nur kämpfend könnt ihr sie durchsetzen. Arbeiterführer, politische Führer, die sich mit der Bourgeoisie verbündet haben, werden versuchen, euren Kampf zu hemmen, zu verwirren, zu lähmen, zu zersplittern. Weder Feindschaft noch falsche oder halbe Freundschaft kann euren Weg aufhalten, wenn ihr geschlossen zusammensteht. Eure Kraft ist eure Macht! Bei Geschlossenheit und Zielbewußtsein könnt ihr den Widerstand eurer Feinde überwinden, auch wenn sie noch so wohlorganisiert, herrschgewohnt, gewalttätig und listig sind.

Schaffende Männer und Frauen Deutschlands!

Die herrschenden Klassen haben den Kampf gegen die räuberischen Forderungen der Entente ausgegeben. Alle Parteien, selbst die Deutschnationalen, in donnernden Worten freffen sie täglich die Entente auf, praktisch machen sie die Politik der Unterwerfung unter die Ententeforderungen mit.

Wir Kommunisten haben und gewisser, den Namen der deutschen Arbeiterklasse unter das Diktat der Ententräuber zu setzen. Wir rufen euch nicht auf zu einem Nachkrieg. Er würde dem werktätigen Volke in Deutschland wie in den Ententeländern nur neue Wunden schlagen.

Wir rufen euch auf zum Fortschreiten auf dem einzigen Wege, an dessen Ende der Versailler Vertrag zerrissen werden kann, wie der Vertrag von Brest-Litowsk zerrissen worden ist. Das ist der Weg des revolutionären Kampfes, gemeinsam mit den Arbeitern, den Schaffenden aller Länder, insbesondere mit den Proletariern der Ententeländer selbst, gemeinsam mit der kommunistischen Internationale.

Nur Arbeiterkämpfe diesseits und jenseits des Rheins und des Kanals können den Blutvertrag in Stücke reißen.

Werttätiges Volk!

Wir Kommunisten sprechen es offen aus, daß keine staatliche Reform, daß keine wirtschaftliche Maßregel im Rahmen des Kapitalismus die Schaffenden endgültig aus der Not befreien kann.

Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Aufmarsch.

Berlin, 1. September.

Am gestrigen Tage wollten sich die Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zur ersten großen Massenaktion zusammen. Generell marschieren im ganzen Reich, geführt von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien, die werktätigen Massen auf, um der Konterrevolution die Faust zu zeigen, die ihr für immer das Szepter zerbrechen soll.

Die Reaktion hat sich vor dem Aufmarsch der Arbeiterklasse in ihre Schlafwinkel verflüchtigt. Sie zieht es vor, die Forderungen der sofortigen Aufhebung ihrer Diktatur nicht offen zu erheben, wie noch vor ein paar Tagen. Sie zieht es vor, die Provokation der werktätigen Bevölkerung durch Tannenbergjournale und Hammerweihen für ein paar Tage zu unterlassen. Sie begibt sich einen Augenblick aus der Lage des politischen Angriffes in die der politischen Verteidigung. Sie versucht, durch die Heranziehung des „hochwissenschaftlichen Gespenstes“, die in der Frage der Rückkehr zur Monarchie gebaltene Bourgeoisie zu einigen, die zum Kampf gegen die Reaktion sich einigende Arbeiterklasse wieder zu spalten, um sich auch den Teil der Bourgeoisie, der die Ausübung der bürgerlichen Massenverwaltung nur noch unter republikanischer Form für möglich hält, zu unterwerfen und den Aufmarsch der Arbeiterklasse zu zersplittern und zu lähmen.

Es ist klar: Die Reaktion denkt nicht daran, zu kapitulieren. Was verschlägt es ihr, daß einigen ihrer vorgehobenen Blätter für ein paar Tage der Mund geöpft wird? Was verschlägt es ihr, daß man ihren Namen verbietet, den Sanktionen seiner Majestät zu tragen? Sie zieht sich ein paar Schritte zurück — um Anlaufraum für einen neuen Vorstoß zu gewinnen. Sie duckt sich — um morgen einen noch kühneren Satz nach vorwärts zu tun. Der Rückzug in die Verteidigungsstellung ist nur die Vorbereitung zu neuem Angriff.

Die Reaktion kann sich das leisten, denn ihre Konterrevolutionen sind parat. Sie hält durch die reaktionären Beamten, Offiziere, Richter, die die überwältigende Mehrheit in den höheren Beamtenstellen bilden, heute den Staatsapparat der Republik tatsächlich in ihrer Hand. Sind schon im Reichswehrministerium 90 Prozent der Beamten Reaktionäre, wie wird es dann erst im Reichswehrministerium und gar im Justizministerium aussehen, an dessen Spitze der Schürfer steht! Noch größer ist die Macht der reaktionären Staatsbeamten in den ansehnlichen Ländern, im Preußen Siegerwald, im Bayern der Fochner und Lohs. In Bayern ist sie völlig unerschütterlich, in Preußen wurde das Reizige, was die Revolution ihr an Boden abgewann, von der Reaktion wieder zurückgewonnen. Die Reaktionen ihrer Art aber schöpft die Konterrevolution aus ihren illegalen militärischen Formationen, die wie Pilze täglich aus dem Boden schießen, ganz Deutschland überwuchert haben und das Leben der werktätigen Bevölkerung immer mehr zu erschrecken drohen. Gegen sie sind alle Konterrevolutionen aller Regierungen unwirksam geblieben. Werden sie an einem Tage zerfallen, so können sie am nächsten Tage unter anderem Namen wieder auf. Je mehr die Konterrevolution ihre legalen Nachstellungen bedroht sieht, desto enger haßt sie die illegalen Nachstellungen aus. Sie verzichtet auf die monarchistische Parole, sie stellt sich demokratisch, um die werktätigen Massen in Sicherheit zu wiegen und umso ungehöriger an der Befestigung ihrer Macht zu arbeiten.

Wie, wenn die Konterrevolution ihr Ziel erreicht? Wer glaubt heute noch, daß dann „wildeherrschaftliche Zeiten“ zurückkehren würden, daß die monarchische Diktatur den

An die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie muß die Diktatur des Proletariats treten.

Nur dadurch wird es möglich, alle Ausbeuter fleißiger, fruchtbringender Arbeit rücksichtslos niederzuwerfen und niederzuhalten. Nur dadurch wird der Weg frei für die Entfaltung aller reichen Kräfte und Talente, die in den Volksmassen schlummern. Nur dadurch kann aufgebaut und besser aufgebaut werden, was der Krieg zerstört, zerstört hat.

Diktatur des Proletariats besagt Macht für alle Schaffenden, eine neue, höhere gesellschaftliche Ordnung aufzurichten.

Eine Ordnung Gleichberechtigter und Gleichberechtigter, die der Arbeit und Freiheit für alle verbürgt: Erblichen und Erziehung der Kindheit und Jugend; beglückende Betätigung der Kräfte der Erwachsenen und Reifen; brüderliche Fürsorge für Hilfsbedürftige; einen friedlichen, sorgenfreien Lebensabend der Betagten.

Die Diktatur des Proletariats steht am Eingang zur sozialistischen, zur kommunistischen Gesellschaft.

Mit der Verwirklichung der neuen Ordnung hat die Diktatur des Proletariats als Bahnbrecherin einer klassenlosen Gesellschaft ihre Aufgabe erfüllt. Wer das leuchtende Ziel will, muß den schweren, bitteren Weg dazu wagen. Er heißt Kampf, Opfer- und gefahrenreicher Kampf.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes in Stadt und Land!

Einig und allein kämpfend, werdet ihr emporkriegen aus der Hölle eures Elends zu Freiheit, Kultur, Glück. Wir Kommunisten teilen euren Leidensweg und eure Kämpfe.

Auf zum Kampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Steuerraub, gegen Preiswucher!

Auf in geschlossener Front gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Bedränger!

Es lebe die Kampfbereitschaft aller Ausgebeuteten und Bedrückten!

Vorwärts zum Siege!

werktätigen Massen erträglich gemacht werden würde durch einen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung des Kapitals, der den Kapitalisten erlaube, ihnen einen, wenn auch geringen, Teil der imperialistischen Beute zu überlassen? Eine monarchische Diktatur von 1921 wäre in ihrem Kern verschieden von der Monarchie von 1914. Dem deutschen Kapital ist politisch das Rückgrat gebrochen. Es hat keine imperialistische Weltstellung mehr. Wirtschaftlich konnte es sich gegen die ihm feindlichen Kapitalistenklassen noch behaupten dank der Tatsache, daß die deutschen Arbeiter sich heute um ein Vielfaches scharfer ausbeuten lassen, als die Arbeiter der Ententeländer. Die Konterrevolution würde, ans Jüder gelangt, versuchen müssen, dem deutschen Kapital seine imperialistische Stellung zurückzuerobieren, vielleicht auch mit dem Mittel des Krieges. Die wirtschaftliche Waffe des deutschen Kapitals gegen das Ententekapital, die Unterbietung mit Hilfe der elend bezahlten deutschen Arbeitskraft, würde die Konterrevolution noch ungeheuer zu verschärfen suchen. Vor keinem Mittel des politischen Druckes, nicht vor der Aufhebung aller Arbeiterrechte, nicht vor einem Schredensregiment, das Deutschland, Ost- und Ungarn gleichmacht, würde sie zu diesem Ende zurückzucken. Die erste Zeit der Regierung Kapp am 13. März 1920 war ein Erlaß, der jeden freischwebenden Arbeiter mit dem Tode durch Erschießen bedrohte. Die monarchische Diktatur von 1921 hätte den werktätigen Massen nicht imperialistischen Glanz zu geben, sie hätten ihnen nichts zu geben als ungeheure Verschärfung ihres Elends, Terror, vollkommene Unterwerfung unter eine Clique kapitalistischer Bankrottäre, die nicht nur die Bourgeoisie der Entente und der mit ihr verbündeten Länder, nein auch die Proletarier dieser Länder vereint gegen sie auf den Plan rufen würde. Würde sie diesen ungeheuren Kampf aufnehmen, so könnte er nur enden mit der völligen Zerschmetterung und Annebelung Deutschlands, mit seiner Unterwerfung unter Ententediktiert, das die kapitalistischen Bankrottäre auf eigene Faust umzuwandeln würde in Landesherren gegen die internationale Arbeiterklasse, gegen jede revolutionäre Bewegung der Arbeiter, gegen Sowjetrußland. Köhne sie ihn nicht an, so bliebe ihr nichts anderes übrig, als freiwillig der Ententegendarmen gegen die Arbeiterklasse, gegen Sowjetrußland zu werden, um einen Brocken vom Tische der Ententebourgeoisie zu erhalten. Das Los der Arbeiterklasse, das unter der doppelten Fron der deutschen und der Entente-Kapitalisten schwanderte und von allen Bundesgenossen verlassen wäre, weil sie sich selbst nicht zu helfen wagte, wäre in einem und im andern Falle daselbe.

Für die deutsche Arbeiterklasse, will sie leben können, will sie den Frieden mit dem Proletariat der Ententeländer, will sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, gibt es heute nur einen Weg: die Zerschmetterung der Konterrevolution. Sie darf sich nicht in Zügellosigkeit wiegen lassen durch ihren strategischen Rückzug. Sie darf sich nicht beirren lassen, wenn sie in republikanischen Gewande auftreten sollte. Die reaktionären Beamten müssen entseuert werden. Die Konterrevolutionen weicht einen Schritt zurück — nun wach auf, so hohe die Arbeiterklasse geschlossen nach, um sie endgültig zu schlagen.

Ausnahmezustand in Mitteldeutschland aufgehoben.

(Amlich.) Berlin, 30. August.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage ist der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland, soweit er gegenwärtig besteht, mit Wirkung vom 1. September aufgehoben worden.

Der Ausnahmezustand, der in Mitteldeutschland Ende des Augusts und Anfangs September bestanden hat, ist aufgehoben

worden. Der Ausnahmezustand, der in Mitteldeutschland nicht einem einzigen blutdürstigen Bourgeois auch nur ein Haar gekrümmt hat, ist aufgehoben worden. Der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland, unter dessen Schutze Stahlhelmschützen, Orgesch-Provokationen, Tannenbergjournale mit anschließenden Arbeiterkämpfen stattgefunden, ist aufgehoben worden.

Verhängt ist dafür über das ganze Deutsche Reich eben derselbe Ausnahmezustand durch die Verordnungen der Regierung, der das mitteldeutsche Proletariat blutig zu Boden schlägt. Kein Reaktionär wird von ihm betroffen werden.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, ein scharfes Augenmerk auf die Handlungen derer zu haben, die sich während des Krieges und nach dem Krieges als die treuesten Stützen des Kapitalismus erwiesen haben. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der gegenwärtigen Situation könnte den Unscheln erwecken, daß sie erfolgt sei, um der Arbeiterschaft geschliche Selbstentfaltung zu schaffen, der Reaktion ihr Mord- und Blutsaugerhandwerk zu legen. Daß dem nicht so ist, beweist der vorgelegte verhängte kleine Belagerungszustand der Reichsregierung, der wiederum nur die Arbeiterschaft treffen wird. Die Zeichen stehen auf Sturm, Bereitsein heißt für die gesamte Arbeiterklasse alles!

Zensurverbote.

(Amlich.) Berlin, 30. August.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 hat der Reichsminister des Innern das Erscheinen folgender Zeitungen auf die Dauer von 14 Tagen verboten:

Das „Deutsche Abendblatt“; das „Deutsche Tageblatt“; die Auktiv-Ausgabe des „Deutschen Tageblattes“; die „Deutsche Zeitung“ (Berlin); das „Deutsche Wochenblatt“ (Berlin-Friedenau); das „Spandauer Tageblatt“; den „Niesbader Anzeiger“ (Oberbahren); den „Hollischer Beobachter“ (München); die „Süddeutsche Zeitung“ (Stuttgart) und die „Hamburger Warte“ (Hamburg).

Wir stehen der Verordnung der Reichsregierung und den daraus folgenden Maßnahmen außerordentlich skeptisch gegenüber. Wir warnen die Arbeiter; sie dürfen sich nicht einlassen lassen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß schon in aller nächster Zeit die Verordnung der Regierung auch gegen uns Kommunisten angewandt wird, denn bisher sind wir letzten Endes immer bei ähnlichen Verordnungen die Leidtragenden gewesen.

Sie werben weiter.

Die sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“, die in Wirklichkeit nichts anderes als konterrevolutionäre Freikorps darstellen, sehen ihre Werbetätigkeit munter fort. Der Freikorpsführer Fritz Eberts, der nur dazu bestimmt war, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, hat sie sicher nach Oberhessen und zum Teil wieder zurückgeführt. Sie müssen aufhören jetzt, da die große Waffe vor und in Oberhessen auf der Lauer liegt oder Mandör veranfaßt, ihre Heimatbekände aufzurufen. Davon zeugen ihre vielen als Anzeigen gebrachten Werberufe in der gesamten Reichspressen. Der „Hannoversche Anzeiger“ vom 2. August bringt unter anderen folgende Annonce:

„Seeresenilassene, auch Unteroffiziere, für sofort als Landarbeiter in bestehende norddeutsche Arbeitsgemeinschaft gesucht gegen freie Station und 13 Mark täglich, ohne Wölge. Nationale Gesinnung und gute Papiere Voraussetzung. Persönliche Vorstellung mit Papieren am 3. August beim Portier im Hotel „Waterloo“ zwischen 11 und 3 Uhr.“

Die Arbeiterschaft hat diesen Vorbereitungen der Orgesch ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken, und muß sich ebenso wie die Reaktion auf die kommenden Auseinandersetzungen vorbereiten.

Die Wirthregierung schützt den „Stahlhelm“ — läßt Unabhängige verhaften.

Der unabhängig-sozialistische Stadtrat Kaffen in Groß-Salza wurde unter dem Vorwand der „Nabelsührerschaft bei dem Ueberfalle“ anlässlich der Stahlhelmsfeier verhaftet.

Als Antwort darauf sind die Arbeiter des Elektrizitätswerks von Groß-Salza und die Arbeiter des Kurbetriebes von Bad Elmen in den Straß geireten. Die Regierung hat die technische Nothilfe eingesetzt.

Die Unabhängigen unterliegen die Regierung-Wirth. Die Wirthregierung hat auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags alle Orgeschformationen verboten. Aber sie läßt es zu, daß nach dem Zusammenstoß des „Stahlhelms“ mit der Arbeiterschaft nicht die Veranstalter der Stahlhelmsfeier, sondern die Führer der Arbeiterschaft — und sei es auch ein unabhängiger Funktionär — verhaftet werden!

Mordbuben auf Urlaub.

Unsere Genossen haben folgende Anfrage im preussischen Landtag eingebracht:

„Nach Pressemeldung ist der wegen Mordversuch an Erzberger verurteilte Otlwig v. Hirschfeld wegen einer angeblichen Krankheit für mehrere Monate aus dem Gefängnis beurlaubt worden.“

Wer ist der Staatsanwalt, der Hirschfeld beurlaubt hat?

Wie heißt der Arzt, der den Antrag auf Beurlaubung gestellt oder befürwortet hat?

In welcher Krankheit hat Hirschfeld angeblich gelitten?

Sind vor der Beurlaubung Gutachten von Gefängnis- oder Gerichtsarzten eingeholt worden, und wie lauten diese Gutachten?

Haben die Gefängnisverwaltung, die über Hirschfeld zu wachen hatte, und die zuständige Staatsanwaltschaft ihre vorgesetzten Behörden vor der Beurlaubung Hirschfelds benachrichtigt?

Hat die Behörde, die Hirschfeld beurlaubte, die Ueberwachung Hirschfelds durch die Polizeibehörde angedeutet?

Hatte sich die Behörde, die die Beurlaubung veranlaßte, vergewissert, ob die „idealen Motive“, die nach Ansicht des Gerichts Hirschfeld bei seinem Mordversuch leiteten, noch in Hirschfeld lebendig waren, als der Urlaub bewilligt wurde?

Ist die Regierung bereit, das Justizministerium anzuweisen, in Zukunft Urlaubsgesuche für verurteilte revolutionäre Arbeiter nach dem gleichen Maßstab zu behandeln wie das Urlaubsgesuch des aus „idealen Motiven“ handelnden Verbrechers Hirschfeld?

Schupobeamte, die Augen auf!

In der Berliner „Roten Fahne“ schreibt Unterwachtmmeister Paul W. folgendes:

Es geht eine neue Welle politischer Unruhen über Deutschland und für die Beamten der Schutzpolizei werden schwere Zeiten kommen. Obwohl wir als Angehörige der grünen Polizei und nicht um Politik kümmern sollen, heißt es doch im allgemeinen heute mehr denn je, die Augen offen halten! Und das aus verschiedenen Gründen. Wer von Anfang an die Entwicklung der Schutzpolizei mitgemacht hat, weiß, wie gearbeitet wird von oben und von allen Seiten auch unter den Beamten, eine „schlagfertige Militärtruppe“ im Sinne des alten Heeres aus uns zu machen. Die Vorgänge in Chemnitz, wo die Kameraden sich weigerten, im Stahlhelm auszumarschieren, sind ein klarer Beweis dafür, und auch hier in Berlin herrscht allerlei Unzufriedenheit. Man muß schon fragen, wie konnte es passieren, daß Ministerialrat Abegg einfach festgesetzt wurde, der sich doch für unseren Beamtencharakter eingeseht hat. Die alten Offiziere gewinnen die Oberhand, bis eines Tages der Kladderadatsch kommt, wo wir vor die „fertigen Tatsachen“ gestellt werden sollen. Das darf es aber nicht geben.

Die Schutzpolizei darf sich nicht mißbrauchen lassen.

Wir sind Beamte und wollen es bleiben. Vor allem hat da unser Verband ein Wortchen mitzureden, und sich nicht an die Wand drücken zu lassen. Das ist doch ganz klar, daß große Teile der Beamenschaft einen Rechtskurs in Deutschland, wie er jetzt betrieben werden soll, nicht mitmachen werden. Das heißt doch einfach, die Schupo auflösen oder eine Art Reichswehr oder so etwas ähnliches aus ihr machen mit dem schlimmsten Drill und Mannschaftslehre womöglich, wenn die Leute von rechts wieder an das Ruder kommen.

Kameraden der Schupo, macht die Augen auf!

Wir werden immer da sein, wo die Mehrheit der Bevölkerung ist und wir dürfen uns nicht scheuen, unsern Standpunkt, wie ich es hier tue, auch in einer Zeitung wie der „Roten Fahne“ zum Ausdruck zu bringen. Die Beamenschaft unter uns werden niemanden provozieren. Die Arbeiterschaft geht nicht umsonst auf die Straße. Sie hat nach dem Morde an Erzberger allen Grund dazu. Und wir werden, wenn es darauf ankommt, mit ihr gegen rechts auf dem Posten sein!

Neueste Verwendungsart der Sipo.

In Kiel hat die Schutzpolizei eine neue Verwendungsart für die sich langweilende Sipo gefunden. Sie soll in der Schule verwandt werden, um störrischen Schülern die Lehren der monarchistischen Reaktion einprägen zu helfen. In die Schule der Erwerbslosen in der Herzog-Friedrich-Straße in Kiel wurden einige Sipo abkommandiert, um den Unterricht „sicherzustellen“ und die Wahl eines Vertrauensmannes der Schüler zu verhindern. Den Sipo-Leuten kam diese, ihre Aufgabe doch zu dumm vor und sie verließen lachschüttelnd die Klasse.

Die Schulmethoden des Sozialdemokraten Haenisch haben gute Früchte gezeitigt.

Auf der Suche nach den Mördern Erzbergers.

(S. 23.) Berlin, den 30. August.

Zu den Ermittlungen der Abt. Ia des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Die am 29. August festgenommenen L. und W. sind gestern abend wieder entlassen worden, da ihnen der angezeigte Mißbeweis gelungen ist.

Der ehemalige Fährhelfer Otto von Hirschfeld hat sich im Laufe des gestrigen Tages auf dem Polizeipräsidium eingefunden und ist hier sofort zur Mordtatsache Erzberger eingekerkert worden. Nach seiner Verurteilung aus dem Strafgefängnis am 29. April 1921 hielt sich v. H. zunächst in der Wohnung seiner Eltern in Berlin-Steiglich auf. Ende Juni begab er sich zu Bekannten nach Calmbach a. G., ein Ort, der ungefähr 5 Kilometer von Wildbad entfernt ist, von hier aus hat v. H. in der Folgezeit verschiedene Ausflüge, so nach Hirschfeld und nach Wildbad gemacht. Am Tage der Mordtat will sich v. H. ununterbrochen in Calmbach aufgehalten haben und von dort, am 29. August, also 3 Tage nach der Mordtat, nach Weimar abgefahren sein. Calmbach liegt nur etwa 35 Kilometer von dem Ort der Mordtat entfernt und nach seiner eigenen Aussage hat v. H. während seiner Aufenthalts in Calmbach einen Sportausflug von reibrauner Farbe und gelbgefärbte englische Lederamaschen getragen. Er ist ein schlanker blonder Mann und trägt Anker oder Brille. Die Beschreibung, die von Augenzeugen über den einen der von Griesbach erkannten Täter gegeben wird, trifft also auf v. H. zu. Unter diesen Umständen ist Otto v. Hirschfeld vorläufig in Haft behalten worden, um so mehr als auch eine auswärtige Polizeibehörde den Verdacht einer Täterschaft des Genannten geäußert hat.

Urlaub und Haftentlassung.

Noch ist nicht einwandfrei festgestellt worden, ob in dem Fährhelfer v. Hirschfeld der Mörder Erzbergers zu suchen ist. Das Material gegen ihn hat sich aber so verdichtet, daß die Polizeibehörde erklärt, ihn vorläufig in Haft behalten zu müssen. Deshalb aber spricht die Behörde von „vorläufig“? Hirschfeld hat die gegen ihn wegen des Mordes im vorigen Jahre ausgesprochene Gefängnisstrafe noch nicht verbüßt. Er ist nicht zur festgesetzten Zeit ins Gefängnis zurückgeführt. Allein diese Tatsache muß genügen, die Festhaltung Hirschfelds auf jeden Fall durchzuführen. Es scheint aber so, als ob sich irgendwelche Behörden schon wieder mit dem Gedanken tragen, dem Mordhaken erneut Urlaub zu gewähren. Die Art der Strafvollstreckung an reaktionären Verbrechern, die eine Käse- und Käse-Verordnung an reaktionären Verbrechern, die eine Käse-Verordnung der an sich schon lächerlich mißben gerichtlichen Urteile darstellt, ist empörend. Totranke Arbeiter läßt man in den Gefängnissen unkommen.

Dieser Schutz reaktionärer Verbrecher zeigt sich nicht nur in dem Falle Hirschfeld, sondern beweist sich wiederum bei der Entlassung der in Verbindung mit dem Mord an Erzberger gefaßten beiden Rabetten L. und W. aus Berlin. Genau so „zufällig“ wie das Nichtzurückkehren Hirschfelds in das Gefängnis durch den Mord Erzbergers bekannt wurde, stellte sich auch heraus, daß die beiden verhafteten Rabetten an bestmöglichen Selbstschutzmöglichkeiten beteiligt waren. Trotzdem wurde ihre Entlassung aus der Haft verfügt. Als ob diese Verbrecher nicht allein genügen, die Haft aufrechtzuerhalten.

Manifest

an die Arbeiter- und Bauernjugend aller Länder!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale veröffentlicht einen Aufruf, den wir nachstehend in verkürzter Form wiedergeben.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Aufs neue tritt die kommunistische Jugendinternationale vor euch hin und fordert euch auf, unter ihrem Banner den

7. Internationalen Jugendtag

zu begehen.

Ihr alle leidet mit uns unter dem zunehmenden Zusammenbruch der Wirtschaft. Arbeitslosigkeit, Hunger und Not, Mangel an Notwendigsten ist das Los, das Millionen von euch erdulden. Und solange der Fabrikant euch Arbeit gibt, tut er es nur, weil er euch, die ihr schwach und widerkandlos seid, besser und rücksichtsloser ausbeuten kann und um euch als Konkurrenten gegenüber euren erwachsenen Arbeitsbrüdern auszunutzen. Darum geht er auch gegen euch zuerst zum Angriff über, wenn es gilt, seinen Profit zu erhöhen. Schon hat in vielen Ländern der erste Vorstoß begonnen. Verlängerte Arbeitszeit, das ist die Parole, unter der er geführt wird. Dem muß sofort ein energisches Halt geboten werden. Und wir rufen euch zu:

Kämpft mit uns gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit!

Aber das genügt nicht. Wollt ihr körperlich und geistig nicht völlig zugrunde gehen, müßt ihr der schrankenlosen Ausbeutung eine Grenze setzen.

Darum kämpft mit uns:

Für den Sechstundentag aller jugendlichen Arbeiter! Für eine ausreichende Entlohnung!

Ihr werdet das nicht erhalten durch Verhandlungen mit den Regierungen, durch parlamentarische Eingaben und Petitionen. Ihr werdet mit uns gemeinsam darum kämpfen müssen. Lernt darum aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit. Formiert euch in einheitlicher Kampffront.

Sammelt euch in Massen unter dem kampfbewährten Banner der Kommunistischen Jugendinternationale.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten redt — täglich lähnt — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Herrschaft und die dadurch entstandenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hindern, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionsäre, ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitziger Beschimpfungen und schwerster Anariffe. Veranlassungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalstolischen Presse peitscht verheißt und offen zum politischen Mord auf.

Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen Organe der Justiz eine auffallende und ausgesprochene parteiische Milde. Symptomatisch für die innere politische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt die an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August an den Reichskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der rücksichtslose Befestigung der eintretenden Mißstände bestimmt verspricht und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmer lebhaft begrüßt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Mit dem geschilderten Schritt eurer Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die faktische Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterdrückt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanischen gesinteten Bevölkerung des Reiches. Schart euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, verwehrt, was euch sonst trennen mag, laßt allen Feindeswut und vereint euch mit allen, die guten Willens sind, die Widerfaher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Bloß des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erfreulicherweise haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der SPD. und der USPD, zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen. An unsere Mitlieder richten wir die Aufforderung, sich an den Parteifunktionen, zu denen diese auffordern, vollständig zu beteiligen.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
R. Grahmann.

Bei den Verhandlungen, die die Gewerkschaftsvertreter mit der Regierung am Montag, den 29. August, hatten, griffen diese auf das Abkommen vom 20. März 1920 zwischen der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften und der Regierung zurück. Wenn dabei die Ge-

Sie hat es bisher schon oft bewiesen, daß sie euer treuester Führer, eure schärfste und schwerste Waffe gegen eure Bedrücker ist. Wehrt euch dagegen, daß man sie unter scheinheiligen Beteuerungen, unter fabelhaften Ausschüchtlungen schwächen will, daß man eure Kampffront zersplittern will durch Gründung sogenannter internationaler Verbindungen und einer neuen Jugendinternationale! Steht auf wie ein Mann und betundet euren Willen!

Gegen die Zersplitterung der Jugendinternationalen! Gegen die Gründung internationaler Verbindungen durch die Wirrlyse Laine und Thaller!

Gegen die Gründung der gelben „Arbeiterjugend-Internationale“ durch die Kriegsheker und Sozialpatrioten Karl Fron, Boog, de Man und Kompagnie! Nur wenn ihr in einheitlicher Kampffront unter unseren Fahnen kämpft, werdet ihr, eingereicht in die Gesamtfrente der Arbeiterklasse, imstande sein, das Elend der Gegenwart zu überwinden.

Das ist die Lehre der Stunde!

Die bürgerliche Klasse der ganzen Welt hat ihren Machtapparat ungeheuer verstärkt. Sie zwingt euch in den meisten Ländern zum Dienst mit der Waffe gegen eure eigene Klasse. Erkennt darum, daß es heute mehr denn je notwendig ist, die wirklichen Zwecke des bürgerlichen Militarismus zu enthüllen. Und wir rufen euch zu:

Seid auch als Soldaten Klassenbewußte Proletariatskämpfer!

Vereint euch vor, tapfere Soldaten der internationalen Roten Armee, Kämpfer für die Zukunft und die Zukunft eurer Klasse zu sein!

Ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in Fabrik und Werkstatt, in Kontor und Schule, und ihr, von Junker und Großagrarien Beknechtete, ihr Arbeiter im Walfenrod, hört die Besungen, die wir auf unser hochgerichtetes Banner schreiben. Helft uns, sie zu verwirklichen!

Heraus zum 7. Internationalen Jugendtag!

Es lebe die geschlossene internationale Kampffront der jungen Arbeiter und Bauern unter dem Banner der Kommunistischen Internationale!

Gewerkschaftsführer mit Bedauern feststellen mußten, daß von der damaligen Vereinbarung nicht ein iota durchgeführt wurde, und wenn ferner feststeht, daß der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder heute den Sinn und Wortlaut des Abkommens kaum noch in Erinnerung haben, so ist damit die Politik der Gewerkschaftsführer in den letzten Jahren auf das schärfste beurteilt. Es wäre Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen gewesen, die gesamte Macht der Gewerkschaften für die Durchführung ihrer eigenen Abmachungen einzusetzen. Statt dessen haben sich die leitenden Kreise hinter dem in seiner Mehrheit bürgerlichen Parlament verschauelt und durch ihre Untätigkeit es den Reaktionsären aller Schattierungen ermöglicht, ihr Haupt frecher denn je zu erheben und die Organisation der Konterrevolution offen zu betreiben.

Was waren die wesentlichsten Punkte des Abkommens? Da heißt es unter Punkt 3:

Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solche in leitenden Stellungen und ihr Ersatz durch zuverlässige Kräfte.

Wo ist das geschehen? Nirgends! Ja, die Monarchisten haben heute im Meer und in der Verwaltung weit mehr Einfluß als vor 2 Jahren.

Unter Punkt 8 heißt es:

Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Besetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Man braucht nur die Namen Orgesch und Reichswehr zu nennen, um zu wissen, daß sich die Dinge in der entgegengesetzten Richtung als hier gefordert, entwickelten.

Jeder wird einsehen, daß, wenn nur die beiden Punkte energisch durchgeführt worden wären, die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe heute ein gut Stück weiter voran wäre. Doch es hat keinen Zweck, zu philosophieren über wenn und wäre. Was für die Arbeiterschaft nützt, ist: Aus den Erfahrungen zu lernen und rücksichtslos die geeigneten Folgerungen zu ziehen. Diese sind folgende:

Das Parlament und alle sich demokratisch nennende Regierungen haben vollkommen versagt in der Niederhaltung und Beseitigung der offenen und verkappten Reaktion. Jede Hoffnung, daß dies in Zukunft anders werde, ist trügerisch. Darüber können alle schönen Erklärungen der jetzigen Regierung nicht hinwegtäuschen. Der Einfluß und die Macht der Konterrevolution kann nur durch den Einsatz der gesamten Macht der Arbeiterklasse gebrochen werden. Aus diesem Grunde dürfen sich die Arbeiter und Angestellten nicht wieder wie beim Rapp-Bußch auf Versprechungen über zukünftige Parlamentarismusklassen einlassen, sondern sie müssen klar und deutlich fordern: Sofortige Erfüllung der im Berliner Abkommen festgelegten Punkte.

Auflösung aller konterrevolutionären bewaffneten Organisationen,

Entfernung aller reaktionären Beamten aus den Verwaltungen,

Beseitigung der konterrevolutionären und monarchistischen Richter und Staatsanwälte.

Gewerkschaftliches.

Der ADGB. und die allgemeine Lohnbewegung.

Die Zahl der Streiks und Lohnbewegungen wächst lawinenartig an. Immer neue Hunderttausende von Arbeitern werden unter dem Zwang der Leutung in die Kämpfe hineingezogen. Doch trotz der Millionen von Profletariern, die heute in Deutschland sich im Streit oder in einer Lohnbewegung befinden, fehlt allen diesen Kämpfen ein innerer organischer Zusammenhang. Ein oberflächlicher Beobachter könnte zu der Annahme gelangen, daß den vielen Kämpfen die verschiedensten Ursachen zugrunde liegen, während doch in Wirklichkeit alle Bewegungen nur eine Ursache haben.

Die Amsterdamer Strategen sagen allerdings — und die Schreiber in den sozialdemokratischen Zeitungen plappern es ihnen gedankenlos nach — daß es grundverfehrt wäre, die verschiedenen Kämpfe miteinander zu verbinden. Die ganze Natur der gewerkschaftlichen Kämpfe mache es notwendig, daß die Forderungen der Arbeiter genau wie in der bisherigen Form betriebs- oder ortsgruppenweise, aber berufslich getrennt, durchzuführen seien. Die alte zünftige Verbandsbürokratie ist von diesem ihren Standpunkt nicht abzubringen, obwohl gerade die Kämpfe der letzten Monate — wir erinnern nur an Elbing, Saargebiet, Berliner Tiefbauarbeiter u. a. — gezeigt haben, daß die Arbeitererschaft in derartigen Einzelkämpfen unmöglich ihr Ziel erreichen kann.

Auch uns ist ohne weiteres verständlich, daß man nicht nach Belieben und zu jeder Zeit und Stunde einen Generalkrieg der acht Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter inszenieren kann. Denn in allen Bewegungen und ganz besonders in der Gewerkschaftsbewegung spielen Entwicklungsgesetze, Traditionen und eine Reihe anderer Umstände eine große Rolle, die von jedem Führer bei den verschiedensten Kämpfen genau gewertet und abgezogen werden müssen. Aber das, was wir jetzt in der riesigen Lohnbewegung beobachten müssen, hat mit diesen natürlichen Hemmungen und Störungen der Einheitsfront nichts zu tun. Denn statt daß die Verbandsleitungen alles, was einer einheitlichen Aktion im Wege steht, zu beseitigen versuchen, hürnen sie jeden Tag neue Hemmnisse auf.

In Berlin z. B. sehen 9000 Tischler im Streit. Außerdem streiken in den verschiedensten Berufen noch einige tausende Arbeiter. Die Gewerkschaftsleitungen unternehmen nichts, um diese Kategorien in ihrem Kampfe wirksam zu unterstützen. Nach dem Gang aller bisherigen Kämpfe dieser Art werden diese Arbeiterschichten über kurz oder lang mit einem minimalen oder gar keinem Erfolg in die Fabriken zurückkehren und morgen schon kommt eine andere Schicht heran, die dasselbe Spiel wiederholt und so fort. Eine ungeheure Bergendung an proletarischer Kraft und Energie mit einem höchst minimalen Erfolg. Es ist wirklich eine starke Zumutung, wenn man angesichts dieser Vorgänge von den Arbeitern verlangt, sie sollen sich nur an die Anweisungen ihrer Organisationsleiter halten, alles andere wäre disziplinos und für die Arbeiter schädlich.

In fast allen Arbeiterversammlungen kommt der Unwille über diese verkehrte Taktik zum Ausdruck. In diesen Tagen sind es vor allen Dingen die Beamten und Arbeiter, die ihre Unzufriedenheit über die neue Befehlsordnung fürmlich äußern und ein gemeinsames Vorgehen mit der übrigen Arbeitererschaft verlangen. In Königsberg forderte dieser Tage eine Funktionärversammlung des Transportarbeiterverbandes ganz spontan vom ADGB die Einleitung und einheitliche Führung der gesamten Lohnbewegungen. In Pilsen bei München verlangte die Versammlung angegebener Banarbeiters in einer Resolution vom ADGB, daß er sich nicht mit leeren Aufträgen begnügen, sondern endlich zu Taten schreiten solle. Weiter heißt es in der Resolution, daß die Entscheidung über die Führung der riesigen Bewegung nicht einzelnen wenigen Personen überlassen werden solle. Sie verlangt vielmehr

die Einberufung eines Reichsgewerkschaftsausschusses, auf dem über Mittel und Wege einer einheitlichen Aktion beraten und Beschluß gefaßt werden soll. Ähnliche Forderungen werden uns aus den verschiedensten Arbeiterkreisen gemeldet. Sollen angesichts des Plammas und einheitlichen Vorwärtens der gesamten internationalen Arbeitererschaft, die Gewerkschaftsführer sich nicht den Vortritt der Saboteure vor Arbeiterkammern machen lassen, dann müssen sie im Interesse eines erfolgreichen Kampfes auf diese Stimmen hören. An den Arbeitern aber liegt es, ihre Führer überall zur Einheitsaktion zu zwingen.

Der Generalkrieg in Jüterburg.

Der Generalkrieg der Arbeiter hält in unveränderter Stärke an. Das Parteizentrum hat mit einem Generalkrieg eingestanden, ohne dadurch die Kampfstrategie der Arbeitererschaft zu schwächen. Die Forderungen der Gewerkschaften: Absenkung des Polizeipräsidenten, Entlassung des Hauptmanns der Hundertschaft, Auflösung der Hundertschaft wurden in der Monatsversammlung der Stadtverordnetenversammlung von einer bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Eine große Demonstration bewachte vor dem Rathaus, um das Resultat der Sitzung zu erzwingen. Die Sicherheitspolizei organisierte die friedlichen Demonstrationen, wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

Die Einheitsfront in Braunschweig.

Das Braunschweiger Gewerkschaftsamt hat einen Aufruf, in dem die Arbeiter sich zum Kampf gegen die sozialdemokratische Regierung, dem Bund und Streikaufruf. Es heißt in diesem Aufruf:

„Die Arbeiter und Gewerkschaftler sind noch nicht zufrieden mit dem, was sie heute schon durch Bund und Streik erreicht haben. ... Wir sind noch immer unzufrieden mit dem bürgerlichen Parteien in den verschiedenen Kreisen des Reiches. ... Die Arbeitererschaft wird sich nicht abgeben lassen, sondern auch noch alle Kräfte des Reiches in der Form von Streikaufrufen anrufen.“

Der Aufruf wird angefordert, am Dienstag, nachmittags von 9 Uhr ab, die Arbeit ruhen zu lassen und in geschlossenen Zügen zum Demonstrationsmarsch zu ziehen.

Zu bemerken ist, daß das Braunschweiger Gewerkschaftsamt sich nicht ihrer Führung der Kommunisten bedient.

Der 4. September.

Das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale hat in einem Aufruf die Arbeiter der ganzen Welt aufgerufen, alle Arbeiterorganisationen ersucht und die Kommunistischen Parteien verpflichtet, sofort und in umfassendster und großzügigster Weise die proletarische Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland zu organisieren.

Je deutlicher sich bei den bürgerlichen Regierungen und Hilfskomitees die Absicht zeigt, die erneute Notlage Sowjetrußlands zu politischen und reaktionären Zwecken zu gebrauchen, umso freudiger und rascher müssen die Arbeiter aller Länder den russischen Brüdern helfen.

Die proletarischen Hilfsaktionen müssen sofort überall einsetzen und wo sie schon begonnen haben, fortgesetzt, gesteigert und verbreitert werden.

Um das Interesse auch des letzten Arbeiters wahrzunehmen, sind der

3. und 4. September als besondere internationale Werbe- und Sammeltage

bezeichnet worden.

Die Kommunistischen Parteien und Organisationen sollen durch neues Herantreten an alle Arbeiterorganisationen ihres Landes wenigstens für diese Tage ein gemeinsames Arbeiten und Zusammengehen aller Arbeiterorganisationen zu erreichen versuchen.

Nachdem Sowjetrußland 4 Jahre für das Weltproletariat kämpfte und litt, muß das Weltproletariat wenigstens einen einzigen Tag für Sowjetrußland einmütig und geschlossen eintreten.

Die Kommunistischen Parteien und Organisationen werden aber heute schon die notwendigen organisatorischen Maßnahmen treffen, um eine erfolgreiche Durchführung des 4. September zu garantieren.

Mit der agitatorischen und organisatorischen Arbeit ist sofort im ganzen Lande zu beginnen.

Durch Handzettel und Plakate gilt es, an die weitesten Kreise zu appellieren. Partei, Betriebs- und Volksversammlung mit dem besonderen Thema: „Der 4. September und der Hunger in Rußland“ sind durchzuführen. Am 3. September ist die gesamte Presse der Hilfsaktion zu widmen. In beiden Tagen selbst, am 3. und 4. September müssen große Versammlungen und Meetings und eine gesteigerte Sammeltätigkeit stattfinden. Die Landeskomitees müssen, soweit es noch nicht geschehen, sofort Karten, Marken, Sammellisten, Literatur usw. zu diesem Zweck herausgeben und den Orten zur Verfügung stellen.

Sammelstellen zur Entgegennahme von Geld und Produkten sind zuvor der Bevölkerung bekannt zu geben.

Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die der proletarischen Jugendorganisationen, Arbeitersportvereine usw., die älteren Mitglieder der Kindergruppe, sind zu einer Sammlung von Haus zu Haus, von Familie zu Familie aufzubieten. Kurz, kein Mittel darf unversucht gelassen, alle Wege müssen benutzt werden, um gute Resultate in der Sammlung zu erzielen.

Alle Kräfte müssen mobilisiert, der letzte Mann aufgebieten und zu tätiger Werbe- und Sammelarbeit verwendet werden.

Der 4. September ist der internationale Sammeltag für die Hungernden in Rußland! Genossen! Proletarier! Sorgt, daß er ein Ehrentag der internationalen Solidarität wird.

Das Auslandskomitee für Rußlandhilfe der Kommunistischen Internationale.

Clara Zetkin, Käthe Kollwitz, Prof. A. Epstein, Arthur Holtscher, Theodor Liebknecht, Adolph Hoffmann, Alfons Paquet, Tom Thomas, George Grosz, Mag. Barthel, Wilhelm Koenen (Deutschland), Andersen-Kegö, Lucie Herman, Lindhagen, J. Höglund (Skandinavien), Bernard Shaw, Ed. Whitehead (England), Anatol France, Henri Barbusse, Frossard, Bailant (Frankreich), Prof. Forel, Otto Volkart, Fritz Blatten (Schweiz), Henriette Roland-Solst (Holland), Dr. Grünberg (Wien), Bombacci (Italien), Emerald (Tschechoslowakei).

Der Sekretär: Willy Münzenberg.

Kündigung des Lohnabkommens in der Berliner Brauinindustrie.

Eine Afa-Mitgliederversammlung am 26. August befaßte sich mit der Entscheidung zur Kündigung des Lohnabkommens. Nach einem Bericht der Organisationsleiter wurde die Kündigung einstimmig zum 30. September beschlossen. Bei der Diskussion über die neu zu stellenden Forderungen kam einstimmig zum Ausdruck, daß es unmöglich sei, unter den jetzigen Lohnverhältnissen zu arbeiten. Es müsse daher außer den neuen Lohnsätzen ab 1. Oktober eine Entschädigungssumme für die jetzige Zeit gezahlt werden.

Die Tarifkommission istung Erhöhungen von 30 bis 40 Prozent auf die tarifliche Höhe vor, ferner soll eine Entschädigungssumme von 500 Mark gefordert werden.

Die Versammlung stellte sich einstimmig hinter den Vorschlag der Tarifkommission und brachte zum Ausdruck, daß sie bereit sind, für ihre gerechten Forderungen jederzeit einzustehen.

Berhandlungen im Halleischen Metallarbeiterstreik.

Vor dem Schlichtungsausschuß fanden am Sonnabend auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen unter Vorsitz des Professors Joerges statt, die bis in den späten Abend dauerten. Eine Vereinbarung kam nicht zustande. Es wurde deshalb ein Schlichter bestellt, zu dem die beiden Parteien am Dienstag bzw. Mittwoch Stellung nehmen werden.

Der Hamburger Beamtenauschuß stellt seine Forderungen.

Hamburg, 30. August. Der Beamtenauschuß der Deutschen demokratischen Partei in Hamburg richtete an die hiesige Gewerkschaft des Reichstags ein längeres Telegramm, in dem die Forderung auf Erhöhung der Löhne um 100 Prozent und eine einmalige Entschädigungssumme von 2000 Mark mit Nachdruck vertreten wird. Die gesamte Arbeitererschaft sei völlig unzufrieden. Die Beamtenauschuß sei in größter Erregung, und der Regierung überlasse jedes Angelegenheit für die nicht länger zu ertragende Notlage der Beamten zu stellen. Die hiesige Arbeitererschaft stehe vor einer Katastrophe.

Die Eisenbahnbeamten gehen zum Streik bereit.

Gen. 30. August. In einer Versammlung der Reichs-gewerkschaft hiesiger Eisenbahnbeamten u. a. Ortsgruppe Eisen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die jetzige Lohnlage in keiner Weise den Wünschen der Beamten gerecht wird. Man möchte sich auf den Kampf, auf den Streik nicht machen. In einer Resolution heißt es: „Die hiesige Versammlung der Reichs-gewerkschaft Eisen der RRG, weiß die Notlage der Regierung gegenüber der Erhöhung der Lohnlage und ist bereit zum Streik und verlangt eine vollständig ausreichende Verbesserung des Gehaltsverhältnisses der Beamten und Arbeiter und die sofortige Anhebung der Gehaltsverhältnisse mindestens ab 1. Juli. Eine Erhöhung der Zulage nach Ostloren und Gehaltsfragen stehen zur.“

Lohnforderungen beim Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk.

Am Sonntag, den 28. August, faßten die Arbeiterräte der verschiedenen Zentralen des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes nach eingehender Aussprache eine Entschlußfassung, in der sie feststellten, daß die Arbeitererschaft des gesamten Werkes entschlossen ist, an den von den Gewerkschaften eingereichten Lohnforderungen von 1,50 Mark pro Stunde unbedingt festzuhalten. Die Arbeiterräte erwarten von der RGE, daß in der am 1. September stattfindenden Verhandlung die geforderten Sätze angenommen werden, andernfalls sie nicht mehr für Ruhe und Besonnenheit der Belegschaft garantieren können. Bei der ungeheuren Bedeutung des Werkes für die Allgemeinheit machen sie im voraus die Öffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam.

Massenentlassungen bei den Berliner Postämtern.

Trotzdem der Verkehr auf den Postämtern immer mehr im Zunehmen ist, wollen die Ämter über die Entlassungen bei der Post nicht abbrechen. Ein bei der Post Beschäftigter schreibt uns folgendes:

„Die Postbehörde nimmt wieder kolossale Entlassungen vor. Es werden diesmal meist ältere Leute betroffen, die eigenen Hausstand haben und die ganze Dienstzeit draußen waren. Nachdem diese Leute schon infolge der langen Dienstzeit in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen schwer gelitten haben, sollen sie nun auf neue auf die Straße gesetzt werden. Als wir draußen im Felde standen, wurde uns immer gesagt: „Für dich des Vaterlandes Dank gewiß. Die Entlassungen, die die Post nun masslos vornimmt, soll wohl der Dank sein, denn an einen Arbeitsmangel ist nicht zu denken, vielmehr ist bei der Post seit Wochen eine Hochkonjunktur, so daß jetzt mit Ueber-schuß gearbeitet wird.“

Die Arbeiterauschüsse stehen diesen Entlassungen machtlos gegenüber, da alle Eingaben und Beschwerden wegen dieser Härte bei dieser Behörde nichts nützen. Es sieht aber so aus, als ob die Post von dem Standpunkt ausgeht, daß ein Arbeiter kein Recht hat, im Postbetrieb beschäftigt zu werden, weil die jüngeren Kräfte bis zu 28 Jahren meistens zu Beamten gemacht werden, und alles, was älter ist, ist eben nach den 28 „zu alt“. Und solche Zustände herrschen in einem so wichtigen Volkswirtschaft. Auf diese Art und Weise werden in Berlin

jedes Jahr 2000 Leute der Arbeitslosigkeit preisgegeben, zumal jetzt, da es zum Winter geht. Wir richten daher an alle Arbeiterämter und unsere bewährten Vertreter im Parlament den dringenden Appell, bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Post ihre Massenentlassungen schnellstens zurücknimmt.“

Opferbereite Frauen und Mädchen

errichtet überall

Nähstuben für die Rußlandhilfe!

Stenographischer Redakteur: Richard Jann. Berlin. — für den Anzeigenenteil: Richard Jann. Berlin. — für die Druckerei: Berlin SW 48. Friedrichstr. 25. Druck: Friedrich-Jann-Druckerei, G. m. b. H. Berlin SW 48.

Die KPD. zu den Steuer- und Wirtschaftstämpfen.

Folgende Resolution zu den Steuer- und Wirtschaftstämpfen wurde vom Parteitag der KPD. in Genä angenommen:

I.

Die Milliardensteuern, die die Regierung Wirth-Bauer fordert, bedeuten den Versuch der deutschen Bourgeoisie, die Ausbringung der Kosten ihres Krieges und die Zahlung der vom siegreichen Räuberimperialismus der Entente verlangten Wiedergutmachungsforderungen den deutschen werktätigen Massen aufzubürden, um sowohl die kapitalistische Ausbeutung zu erhalten und zu steigern, wie den Machtapparat des bürgerlichen Klassenstaates zu stärken.

II.

Die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland ist nur noch möglich durch die dauernde und ständig wachsende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Diese Verelendung zeigt sich:

1. im direkten Lohnabbau durch Herabsetzung der Wochen- und Monatslöhne in einzelnen Betriebszweigen, die jedoch nur den Auftakt bildet für einen allgemeinen Lohnabbau,
2. in den Versuchen des Unternehmertums, den Achtstundentag zu durchbrechen,
3. in dem allgemeinen indirekten Abbau der Löhne, Gehälter und Unterstufungen durch die Erhöhung der Preise aller lebensnotwendigen Waren und die steigende Selbstwertung,
4. in dem sich immer mehr steigenden Kurzarbeiter- und Arbeitslosenelend.

Die zu diesen bereits vorhandenen Verelendungserscheinungen noch hinzutretende Ausbringung der Wiedergutmachungsmilliarden, zu der sich die Regierung Wirth-Bauer durch die Annahme des Londoner Ultimatus verpflichtet hat, in der Gestalt der neuen Steuern, muß das Elend der werktätigen Massen in unerträgliche Vermehren.

III.

Diese Ausplünderung hat vor dem Proletariat in Stadt und Land nicht Halt gemacht. Sie trifft mit voller Wucht auch die Schichten des mittleren und kleinen Bürgertums, der Beamten, Kleinrentner, der kleinen Bauern, mit weiterer Zerstörung und weiterer Selbstwertung.

Gegen diese mit dem Zerfall des Kapitals in Deutschland verbundene systematische Verelendung und Ausraubung der breitesten Massen, die in den Steuerplänen der bürgerlichen Regierung ihren klarsten Ausdruck und ihre schärfste Zuspitzung findet, müssen diese Massen schonungslos und ohne Rücksicht auf den guten oder schlechten Willen der Bourgeoisie und die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals den Kampf in der sozialen Revolution aufnehmen und weiterführen. Nur dieser Kampf der Massen befreit sie vom Hunger und Tod, indem er sie vom Kapitalismus befreit.

IV.

Das allgemeine Lebensinteresse des Proletariats verlangt deshalb schärfste Fehde gegen den Steuerraubzug.

Sein Kampf gegen die Steuern ist, auch wenn er in wirtschaftlichen Gründen — Abwehr weiterer materieller Verelendung — seinen Ursprung hat, ein politischer.

Der Bourgeoisie geht es bei den Steuern um die Erhaltung und Festigung ihrer Kapitalherrschaft und die Bewahrung und Steigerung ihres Profits. Sie ist deshalb trotz aller Differenzen zwischen den einzelnen bürgerlichen Schichten über die Ausbringung und Verteilung der verschiedenen Steuerlasten entschlossen, mit allen Mitteln ihres Staates die Last der Steuern dem Proletariat aufzubürden.

Die Abwälzung der Steuern auf das Proletariat ist im gegenwärtigen Moment die Lösung, die die Bourgeoisie für ihre Finanzverpflichtung findet. Für das Proletariat bedeutet diese Abwälzung eine weitere Verelendung, die die Arbeiterklasse in ihrer Existenz bedroht.

Die Arbeiterklasse muß sich daher klar werden, daß sie den Kampf gegen die Steuern nur gewinnen kann, wenn sie ihn als Machtkampf gegen die Bourgeoisie führt: wenn sie einheitlich und geschlossen, in breiter Front mit allen ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen dem Machtwillen und Machtmitteln der Bourgeoisie ihren Machtwillen und ihre Machtmittel entgegensetzt.

V.

Die aus der bürgerlichen Volkswirtschaft übernommene Einteilung der Steuern in direkte, zunächst den Besitz belastende und daher die Werktätigen nicht direkt treffende, und in indirekte, die Lebenshaltung der breiten Massen unmittelbar herabdrückende und darum von der Arbeiterklasse zu bekämpfende Steuern dient dazu, die klare Front der werktätigen Massen in dem Machtkampf um die Steuern zu verwischen und zu zerbrechen.

In Wirklichkeit werden auch die sogenannten direkten Steuern auf die Werktätigen abgewälzt. Da die Bourgeoisie trotz aller Abwehrkämpfe des Proletariats es bisher stets verstanden hat, sich durch Preiserhöhungen und Lohnkürzung für die von ihr zu zahlenden Steuern letzten Endes schadlos zu halten.

Das zeigt sich bei der hauptsächlichsten direkten Steuer, der Einkommensteuer, schon in ihrer Erhebungsform als Lohn- und Gehaltsbeschlagnahme. Diese Beschlagnahme trifft nur die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Pensionäre, die wirtschaftlich schwächsten Schichten, während Kapitalisten und Junker sich dieser „demokratischsten“ aller Steuern durch allerlei Schliche und Hintertüren zu entziehen verstehen.

VI.

Die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern als Ausweg aus der Wiedergutmachungskrisis geforderte Belastung des Besitzes durch die Erfassung der „Goldwerte“ führt bei unveränderten politischen Verhältnissen auch nur zur Abwälzung dieser ansehnlichen Lasten auf die breiten Massen der Lohnarbeiter und Angestellten, Beamten und kleinen Rentner in der Gestalt einer Verbilligung der Miete und in der Form von Hungerpreisen für die notwendigsten Lebensmittel und Industrieprodukte.

Alle übrigen Besitzsteuern, wie das berechtete Reichsnotopfer, die Körperschaftsteuer treffen in der vorgeschlagenen Form das Kapital nicht entscheidend. Sie dienen nur zur Fassade, hinter der die Bourgeoisie die Ausplünderung des Proletariats zu verbergen sucht.

VII.

Für die Gewerkschaften und Sozialdemokraten ist die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern und der Erfassung der Goldwerte nur ein Mittel, dem wirklichen Machtkampf um die Steuern auszuweichen, den Burgfrieden zwischen Lohnarbeit und Kapital auch auf dem Gebiet der Steuern zu verwirklichen. Ihre von der Regierung Wirth-Bauer verwirklichte Politik der Verständigung mit dem Ententeimperialismus hat zu dem unvermeidlichen und von den Kommunisten längst vorhergesagten Ergebnis der Ausplünderung der breitesten Massen geführt, wie er in dem geplanten Steuerraubzug Wirklichkeit werden soll. Als den verantwortlichen Trägern dieser den Lebensinteressen des Proletariats feindlichen Politik bleibt jenen Gewerkschafts- und sozialdemokrati-

schen Führern nur übrig, an ihrer Durchführung mitzuarbeiten unter gleichzeitiger Verhüllung der katastrophalen Folgen dieser Politik für die Arbeiterklasse in Stadt und Land.

Darum verwandeln sie den Steuerkampf aus einem Machtkampf, aus der rücksichtslosen Auseinandersetzung darüber, wer die Steuern tragen soll, ob die Bourgeoisie oder das Proletariat, in ein Steuerjessen. Sie handeln mit der Bourgeoisie nur darum, wie hoch der Anteil der Arbeiterklasse, wie hoch der Anteil der Bourgeoisie an der vom „Volk gemeinsam zu tragenden“ Steuerlast sein soll. Das ist der Sinn ihrer Agitation um die Mehrbelastung des „Besitzes“, der Erfassung der Goldwerte und ihrer Bekämpfung der indirekten Steuern, die bei den Scheinsozialisten und Gewerkschaftsführern keineswegs bis zur Ablehnung dieser Steuern geht.

VIII.

Als Vertreter der allgemeinen Interessen des Proletariats in seinem Kampfe gegen den Steuerraubzug und die Verelendungserscheinungen des zerfallenden deutschen Kapitalismus denken die Kommunisten nicht daran, die den Besitz treffenden Steuern abzuschneiden. Sie geben sich dabei jedoch nicht der Illusion hin, daß durch die Steuererhebung im kapitalistischen Staat ohne den Kampf der Massen eine wirklich durchgreifende Enteignung der Besitzenden durchgeföhrt werden kann.

Die KPD. fordert die völlige Beseitigung aller indirekten Steuern, (deren Erhöhung die neuen Gesetzentwürfe vorsehen), so die Gelegenheitssteuer über die Zuckerversteuer, Brauntweinsteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Mineralwassersteuer, Biersteuer, Tabaksteuer und Kohlensteuer, ferner die Einfuhrzölle auf Kaffee, Tee, Gewürz, Kakao, Schokolade usw., die jetzt ebenfalls erhöht werden sollen. Weiter die neue vorgeschlagene Süßstoffsteuer.

Die KPD. lehnt ab die Umsatzsteuern, die jetzt verdoppelt werden sollen, die Reichsstempelabgaben und das Versicherungsgezet. Die Besteuerung der Kraftwagen muß beschränkt bleiben auf Luxusfahrzeuge. Die Besteuerung von Last- und Personenkraftwagen für den Massenverkehr lehnen wir ab.

Die KPD. fordert als sofort durchzuföhrende Maßnahme:

1. eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögern und Einkommen umso schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer. Dabei müssen alle Einkommen unter 24 000 M. und alle Vermögern unter 100 000 Mark von jeder Besteuerung freibleiben. Die steuerfreie Einkommens- und Vermögensgrenze ist für jedes Steuerjahr neu festzusetzen;
2. die Besteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von 100 000 Mark übersteigen;
3. die Beschlagnahme der Vermögern aller früheren Fürstenauskäufer und der am Völkermord beteiligten Heerführer und Staatsmänner;
4. die Einstellung der Zinszahlung der Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner;
5. die Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für die Reichswehr, Polizei und Justiz.

Eine Bilanzierung des Staatshaushaltes liegt nur dann im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, wenn diese Bilanzierung durch die Verwirklichung dieser Maßnahmen zu Lasten der Besitzenden und nicht der Besitzlosen erfolgt.

Höhere Zwede.

Von August Strindberg.

Heraus kam die Zuchtstuh, heraus kamen die Kälber und die Schafe und zuletzt die Ferkel. Aber hinter ihnen kam der Priester mit einem Stod daher, denn er hatte vergessen, die Gartenpforte einzusehen, und nun kam es zu einem Wettkampf, an dem die beiden Knaben halb nach Herzenslust teilnahmen, um das Vieh aus der Einfriedigung zu freiben.

Als aber die alte Köchin Dominus im Bams draußen auf der Höhe laufen sah, ereiferte sie sich, was die Leute sagen würden, und sprang zur Fensterluke hinaus, während die Frau auf der Treppe stand und so klingend und so gut lautete. Aber der junge Priester war so ausgelassen und fröhlich, und sah mit dem Vergnügen eines Kindes die Freude der Tiere über das Ende des winterlichen Gefangnisses, daß er sowohl Gemeinde wie Bischof vergaß und weit hinaus auf die Landstraße lief, um das Vieh auf den Brachdar zu jagen.

Da hörte er seine Frau seinen Namen rufen, und als er sich umdrehte, sah er ein fremdes Weib bei ihr am Vorbau stehen. Beschaunt und ärgerlich riefte er den Anzug zurück, frisch das Haar unter die Mütze und wandte sich heimwärts, einen feierlichen Ausdruck in seinen Gesichtszügen annehmend.

Als er näher kam, erkannte er das kleine Weib wieder, das er in der Kirche wegen Uneinigkeit in der Ehe gewarnt hatte. Er verstand, daß sie mit ihm sprechen wollte, und er hat sie einzutreten; er würde gleich nachkommen, sobald er einen andern Rod angezogen habe.

Mit dem andern Rod und einem andern Sinn trat er nach einer Weile in die Stube, wo die uneinige Gattin wartete. Er fragte sie nach ihrem Anliegen. Sie erklärte, sie habe sich mit ihrem Mann geeinigt, daß sie das Haus böswillig verlassen sollte, da die Kirche unter anderen Umständen keine Scheidung bewillige. Der Priester wurde ungeduldig und wollte gerade mit Dekretalen und Korintherbrief kommen, als er durch das offene Stubenscheitel den Sand auf dem Gartenwege knirschen hörte. Er rannte so gut den leichten, weichen Schritt, und das Schreien der Sandbörner drang in sein Gehör.

„Gute Handlung, Frau.“ sagte er, „ist voller Ruh, aber sie ist hoch ein Vergehen.“

„Es ist kein Vergehen, Ihr nennt es nur so,“ antwortete das Weib so bestimmt, als habe sie durch die Nacht und Tage der Verzweiflung ihre Handlung durchdacht.

Der Priester war gereizt und suchte in seinem Gedächtnis nach einigen entscheidenden Worten, als er wieder scharfe, kleine Schreie von dem geheimsten Sande drängen hörte.

„Ihr gebt doch der Gemeinde ein schlechtes Beispiel,“ sagte er.

„Ein schlechteres, wenn ich bleibe,“ sagte das Weib.

„Ihr werdet erbozt.“

„Das weiß ich.“

„Ihr verliert Euren Ruf.“

„Das weiß ich auch, aber das ertrage ich, da ich unschuldig bin.“

„Aber Euer Kind?“

„Das nehme ich mit mir.“

„Was sagt Euer Mann dazu? Ihr habt kein Recht über Euer Kind, wenn Ihr das Heim verläßt.“

„Habe ich nicht? Ueber mein eigenes Kind?“

„Ein Kind hat immer zwei Eigentümer.“

„Sann reicht nicht die Weisheit Salomons aus, um diesen Knoten zu lösen! Aber ich werde ihn zerreißen, wenn ich dadurch ein Ende machen kann. Ich kam zu Euch, um Licht zu begehren, aber Ihr führt mich in einen dunklen Gang hinein, wo Ihr das Licht löscht und Eurer Wege geht. Eines weiß ich: wo die Liebe aufgehört hat, da bleibt nur Sünde und Erniedrigung übrig; ich will nicht in Sünde leben, darum breche ich.“

Seitige Klemzüge, wie von zurückgehaltenen Geföhlen hörte man von draußen; der Priester bekämpfte seinen Zwiespalt. Darauf sagte er:

„Als Diener der Kirche habe ich mich nur an das Wort des Herrn zu halten, und das ist hart wie der Felsen; als Mensch kann ich nur sagen, was mir das Herz einigt, aber was die leicht Sünde ist, denn das Menschenherz ist ein gebrechliches Ding. Gehet in Frieden und löset nicht auf, was Gott vereinigt hat.“

„Nein, nicht was Gott vereinigt hat, sondern was die Eltern der Gatten gestiftet haben. Ihr habt mir kein Wort zum Trost zu sagen auf dem schwereren Wege, den ich wandern muß.“

Der Priester schüttelte verneinend den Kopf.

„Möget Ihr nicht die Steine erlangen, wenn Ihr kommt, um Brot zu begehren,“ sagte das Weib mit einem beinahe drohenden Blick und ging.

Der Priester warf wieder den Rod ab, seufzte und suchte die unangenehmen Geföhle zu verjagen, welche die Begegnung herborgerufen hatte. Als er hinauskam, ging er seiner Frau mit der Bemerkung entgegen, daß es ihm aufrichtig leid um das arme Weib tue.

„Warum hast du ihr das nicht gesagt,“ fiel die Frau ein, die mitten in der Frage zu sein schien.

„Es gibt Dinge, die man nicht sagen darf,“ antwortete der Mann.

„Vor wem darf man sie nicht sagen?“

„Vor wem? — Die Kirche, wie der Staat, meine Freundin, sind göttliche Gedanken, aber, von schwachen Menschen verwirklicht, unvollkommen in ihrer Verwirklichung; darum darf man schwachen Menschen gegenüber nicht bekennen, daß diese Einrichtungen unvollkommen sind, sonst würden sie an dem göttlichen Ursprung zu zweifeln anfangen.“

„Aber wenn man, da man ihre Unvollkommenheit sieht, an dem göttlichen Ursprung zweifeln sollte und es durch Untersuchung sich zeigen würde, daß sie keinen göttlichen Ursprung haben...“

„Ich glaube bei allen Heiligen, die Teufel des Zweifels herrschen in der Luft dieser Zeit! Weist du nicht, daß der erste Frager die Menschheit in Verdamnis gestürzt hat? Wahrhaftig, nicht ohne Grund hat der väpplige Legat bei der gegenwärtigen Kirchenversammlung dieses Land verberbt genannt.“

Die Frau warf ihm einen Blick zu, als ob sie nachsehe, wie weit er scherze, worauf der Mann mit einem Lächeln antwortete, das bedeutete, daß es nicht Ernst war.

„Du mußt nicht auf diese Weise scherzen,“ sagte die Frau: „ich kann ja so leicht an das glauben, was du sagst. Uebrigens weiß ich nie, wann du ernst sprichst oder Pöffen treibst. Du glaubst wohl zum Teil an das, was du sagst, aber du glaubst auch nicht daran. Du bist so schrankenlos, als seist du selbst von jenen Geistes in der Luft ergriffen, von denen du sprichst.“

Um sich nicht tiefer in die Erörterung einer Frage einzulassen, die er am liebsten unerdrückt lassen wollte, schlug der Priester vor, im Boot nach einem schönen Punkte zu fahren, der den Vorzug einiger Laubbäume besaß, um dort Mittag zu essen.

Wald sah der Priester bei den Andern, und der grüne Rasen schoß über die ruhige Wasserfläche dahin, während die Ruder das alte Rühr vom vorigen Jahre auszureißen suchten, durch dessen trodne Blätter der Frühlingswind von der Aufreicherung aus dem Winterdickstau flüsterie. Der Priester hatte den langen Rod abgelegt und das Bams angezogen, das er „seinen alten Menschen“ nannte, und die Ruder führte er mit Kraft wie ein gewohnter Ruderer die ganze halbe Meile hinunter bis zu der kleinen Birkenhöhe, die wie ein Holz im Starnsee lag. Während die Frau bedachte, lief der Mann mit den Fingern umher und pflückte Anemonen und Primeln. Er kletterte auf die Bäume und rollte sich im Gras wie ein Junge, und er ließ sich fahren wie ein Pferd mit dem Zaum im Munde unter klugem Lachen der Ruderer. Er wurde immer wilder, und als die Jungen den langen Rod, den er an eine Diste gehängt hatte, zum Ziel für ihr Schießen nahmen, fing er so an

In der Erkenntnis, daß im heutigen Klassenstaat bei un-

derblichen politischen Machtverhältnissen die Erhebung und Ver-

wendung der Steuern wie auch die Erfassung der Goldwerte

durch die Beteiligung des Staates an den kapitalistischen Unter-

nehmungen in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft

nur der Erhaltung und Beteiligung des bürgerlichen Staates

dient, fordert die SPD.

die Kontrolle der Produktion und der Preise

durch die Betriebsräte der Arbeiter in Stadt und Land, der

Beamten, Angestellten und der Kleinbauernräte.

Die Kommunisten rufen die arbeitenden Massen in Stadt

und Land zum Kampf um die Kontrolle der Steuerablieferung

auf, weil nur diese durch die Organe des Proletariats ausge-

übte Kontrolle die Steuerhinterziehung des Unternehmertums

und der Junker verhindern kann, gegen die die Kontroll-

instanzen des bürgerlichen Staates kein Heilmittel gefunden

haben.

Die SPD. ruff die Massen zum Kampf um die Kontrolle

der Produktion und der Preise durch die Betriebsräte auf.

Denn nur durch sie gewinnt das Proletariat eine Machtposition,

von der aus es die Erfassung und Beschlagnahme der Gold-

werte für den Staat aus einer Maßnahme für die Erhaltung

und Steigerung des Kapitalprofits in eine Maßnahme für die

Sicherung und Besserung seiner Lebenshaltung verwandelt.

Durch die Kontrolle der Produktion gewinnen die Arbeiter-

massen in Stadt und Land kämpfend die Kontrolle über das

gesamte Wirtschaftsleben durch den Staat, dessen Machtgrund-

lagen sie in diesem Kampfe zu ihren Gunsten verändern.

Diesem Staat, der so den überwiegenden Einfluß in allen

kapitalistischen Betrieben durch die Beschlagnahme der Gold-

W. Weiter: besondere Maßnahmen zur Verbesserung der

Lebenslage der Arbeitslosen (Punkte 1, 6, 8, 9 der Forderungen

des ADGB).

Die bereits überall spontan aufflammenden Lohn- und Ge-

haltsschwörungen der städtischen und ländlichen Proletarier,

der Beamten und Angestellten müssen aufs schärfste gesteigert

und einseitlich zusammengefaßt werden. Ohne das Vorhanden-

sein einer kampfschlossenen Einheitsfront aller Arbeitenden

müssen alle gewerkschaftlichen Einzelkämpfe bei der gegenwärtig

immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage entweder mit

Niederlagen oder mit lächerlich geringen Lohn- und Gehalts-

erhöhungen enden.

Diese wirtschaftlichen Kämpfe müssen in ihrer Steigerung

gleich dem Steuerkampf notwendig in politische Machtkämpfe

umschlagen, da sie, wenn sie gegen die Verelendung sich wenden,

an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft und damit an

den Grundfesten des Staates selbst rütteln. Auch in diesem

politischen Kampf kann das Proletariat nur siegen, wenn es

ihn einseitlich und geschlossen in breiter Front führt.

XI.

Als berufen für die Organisierung des einheitlichen

Kampfes der werktätigen Massen für eine allgemeine Verbesse-

rung der Lebenslage und für die Abwälzung aller Kriegslasten

auf die Kriegsschuldigen betrachten wir die wirtschaftlichen und

politischen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Be-

amten, Arbeitslosen und Kriegsoffer.

Die werktätigen Massen haben jedoch übergenug Grund,

allen maßgebenden Gewerkschaftsführern gegenüber miß-

trauisch zu sein und als bestimmt anzunehmen, daß sie von

selbst nicht zur Organisierung und Führung einer kampfsch-

lossenen Einheitsfront schreiten werden. Die Politik der

Führer des ADGB. und der Afa in der augenblicklichen Situa-

tion läuft darauf hinaus, alles zu versuchen, die nun einmal

durch die objektive Lage unvermeidlich gewordenen Lohn- und

Gehaltsbewegungen auf arbeitsgemeinschaftlichen Wege mit

dem privaten und staatlichen Kapital laut zu erledigen, und,

soweit das an dem Widerstand des Unternehmertums scheitern

solte, die Kämpfe getrennt in den verschiedenen Arbeiter-, An-

gestellten- und Beamtengruppen zu führen. Das kommt ganz

klar zum Ausdruck in der letzten Resolution des ADGB, in

der gesagt wird, daß die unvermeidlichen Kämpfe von den ein-

zelnen Verbänden zu führen seien und worin auf die Förde-

rung einer allgemeinen, einheitlichen Erhöhung der Löhne, Ge-

hälter und Unterstützungen, so daß für sie in einheitlicher Front

gekämpft werden kann, verzichtet wird. Dabei beschränken sie

sich in ihren Forderungen auf das Minimum dessen, was sie

tätigen Massen selbst. Erste Voraussetzung für den Erfolg der

Massen ist in beiden Fällen, daß die kommunistische Partei in

einer großen Kampagne unter Ausbietung aller Kräfte die Füh-

lung mit dem gesamten Proletariat herstellt, um die überall

schon vorhandene Bewegung zu einer einheitlichen Kampfsent-

schlossenheit zu steigern und den Weg des Kampfes zu weiten.

Zuerst müssen die Massen aufmarschieren mit der Förde-

rung an die Arbeiter-, Angestellten und Beamten-Gewerkschaften,

die Führung in einem einheitlichen Lohn- und Gehaltskampf

zu übernehmen. Von den sozialistischen Arbeiterparteien muß

gefordert werden, daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe unter-

stützen und in einheitlicher Front den Kampf gegen jede Be-

lastung der Besitzlosen und für eine vollständige Abwälzung

der Steuern auf die Besitzenden aufnehmen.

Dabei gilt es schon heute Arbeiter, Angestellte, Beamte und

Arbeitslose in Fühlung zu bringen und in interparteilichen

Wirtschaftskonferenzen die Verbindung zwischen den einzelnen

Gruppen und Betrieben des Ortes, des Wirtschaftsbezirktes und

schließlich des ganzen Reiches herzustellen. Verlagen die sozial-

demokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer trotzallem,

X.

Die Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates zur

Abwälzung aller Lasten auf die Werktätigen haben bereits ein-

gesetzt.

Schon sind die Brotpreise ins Unerträgliche gesteigert wor-

den. Schon steigen die Preise für alle übrigen Lebensmittel.

Schon werden die Mieten mehr und mehr erhöht.

Die industriellen Verbände haben generell die Parole an

das Unternehmertum herausgegeben, direkt oder indirekt durch

Lohnreduzierungen, der Verweigerung der Lohnerhöhung trotz

der Preissteigerung, die Löhne und Gehälter abzubauen. Die

Regierung unterstützt diese Bestrebungen des Unternehmert-

ums, indem sie gerade jetzt die sogenannte Schlichtungsor-

dnung, die in Wirklichkeit ein Antitrustgesetz ist, zum Gesetz

machen will. Das Unternehmertum hat außerdem einen plan-

mäßigen Krieg gegen den Achtstundentag eröffnet. Um das

Proletariat niederzuerwerfen zu können, wurden schon in verschie-

den Betrieben Werkstätten oder geheime Werkpolizeien, die

von ehemaligen Offizieren geleitet werden, organisiert.

Hand in Hand mit dem Steuerkampf muß darum der be-

reits eröffnete Kampf der Werktätigen gegen ihre wachsende

Verelendung mit steigender Energie fortgeführt werden. Es

bedarf dazu einer zusammenfassenden kampfbereiten Führung,

damit die große Masse des werktätigen Volkes einseitlich auf-

marschiert.

Die Ziele dieser Einheitsfront gegen die Not und den

Hunger wie gegen die Ausplünderung durch die Steuern müssen

sein:

1. Eine allgemeine prozentuale gleichmäßige Erhöhung

aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstützungen.

Die Erhöhung muß außer den jetzigen Preissteigerungen auch

die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die

Staatsfinanzwirtschaft bedroht würden, ohne zu erwähnen, daß

die werktätigen Massen im Glend verkommen, während die Un-

ternehmer Riesengewinne machen, und der Staat den Agrariern,

den industriellen Unternehmern und den Militaristen dauernd

viele Milliarden als Liebesgaben bewilligt.

Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer

werden aber nur unter dem Druck der Kampfschlossenheit

der breiten Massen in eine Kampfsellung gebrängt werden

können. Darum müssen die werktätigen Massen selbst auf den

Plan treten und den geschlossenen einheitsfronten Kampf fordern.

Dabei müssen sie auch rechnen mit einem Verlagen der Partei-

und Gewerkschaftsführer im entscheidenden Augenblick oder mit

Sabotage im Kampfe.

Die SPD. ist in dieser Situation die Partei, die als erste

und eifrigste an der Herstellung einer kampfbereiten Einheits-

front für eine große geschlossene Lohn-, Gehalts- und Unter-

zu lassen, daß er blau im Gesicht wurde. Aber die Frau sah

sich vorsichtig nach allen Seiten um, ob auch kein Mensch komme

und sie sehe.

„Ach, laß mich wenigstens in Gottes feierlicher Kammer

sein,“ sagte er. Und die Frau konnte dagegen nichts einwenden.

Das Mittagessen war im Gange, als der Priester

war so hungrig, daß er das Tischgebet vergaß, weshalb er sich

eine Anmerkung von den Kindern zuzog.

„Vater belgt nicht zu Tisch,“ sagten sie.

„Ich sehe keinen Tisch,“ antwortete er und steckte den

Daumen in die Tasche. Das ergötzte die Kleinen ungeheuer.

Halt die Fische still unter Tisch, Tisch,“ sagte er. Und die

angst und bange aus Herz, als er der Kirchenpforte nahe kam,

denn da unterschied er zwei Pferde in glänzenden Montierungen

und einen Archidiakon vom Erzbischofswitz Upala mit Dienern

als Gefolge. Der Diakon schien gewartet zu haben, denn er

ging sofort auf den Priester zu und bat ihn, ihm nach Schluß

der Messe eine Mitteilung machen zu dürfen. Niemand hatte

dieser ein Abendgebet mit so brennendem Herzen gebetet, und

mit Angst in der Brust rief er den Schatz aller Heiligen gegen

unbekannte Gefahren hernieder. Er warf dann und wann

einen Blick nach der Tür, wo er den Diakon wie einen Bittler

stehen sah, der auf sein Opfer wartet, und als er ihnen gesagt

hatte, ging er mit schmerzlichen Schritten hin, den Schlag zu emp-

Diener, und löst auf, was Gott vereinigt hat; also gilt nicht

für diesen Fall, was sonst für alle Fälle gilt.

„Der Gott selbst hat ja die Ehe geknüpft,“ wandte der Zere-

schmetzerte ein.

„Ganz, was ich sage, und darum hat er auch ein Recht, sie

auszulösen.“

„Aber dies Opfer begehrt der Herr nicht von seinem

schwachen Diener.“

„Der Herr begehrt von Abraham, daß er seinen Sohn

Opfer bringen solle.“

„Aber die Herzen werden brechen!“

„Geben; die Herzen sollen brechen, desto brennender halten